

Mitteilungsblatt 17.07.2020

Trotz Corona nicht wesentlich früher – Steuerzahlergedenktag 2020

Traditionell im Juli erinnert die FDP Hirschberg an den Steuerzahlergedenktag. Dieser Tag, ausgerufen vom Bund der Steuerzahler und letztlich basierend auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes, markiert den Zeitpunkt im Jahr, bis zu dem die Deutschen rein rechnerisch nur für den Staat arbeiten. Dieses Jahr fällt der Steuerzahlergedenktag auf den 09. Juli 2020, 17.30 Uhr. Demnach beträgt die durchschnittliche Einkommensbelastungsquote (Belastung durch Steuern und Abgaben) im Jahr 2020 52,1 %. Von einem Euro bleiben also netto 47,9 Cent.

Dass die Corona-Krise, die mit zurückgehender Beschäftigung, weniger Einkommen und schwachem Konsum einhergeht, sowie die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und die Berücksichtigung der Inflation im Einkommensteuertarif zu einem gegenüber 2019 früheren Steuerzahlergedenktag führen würden, war absehbar. Ebenso führt die temporäre Mehrwertsteuersenkung zu grundsätzlich positiven Effekten.

Vergleicht man diese Zahlen für 2020 jedoch mit denen für das Vorjahr 2019, in dem der Steuerzahlertag erst am 15. Juli 2018, 21.56 Uhr, begangen werden konnte, muss man festhalten, dass die Belastung lediglich um 1,6 Prozentpunkte gesunken ist.

Damit Deutschland in Zukunft bei der Einkommensbelastungsquote wie schon 2019 nicht mehr auf Platz 34 von 36 OECD-Staaten liegt, schlägt die FDP folgende Maßnahmen vor:

Besonders in der Corona-Krise, von der niemand sicher sagen kann, wie lange sie noch andauert, haben die Menschen eine dauerhafte, strukturelle Entlastung verdient. Deshalb fordert die FDP für einen Neustart in Deutschland eine weitreichende Steuerreform. Denn die letzte große Reform ist 20 Jahre her. Seitdem ist die Steuer- und Belastungsquote gerade auch für Familien immer weiter gestiegen.

Konkret fordert die FDP daher, den sogenannten Mittelstandsbauch bei der Einkommensteuer abzutragen und zudem den verfassungswidrigen Soli sofort vollständig und rückwirkend abzuschaffen. Temporäre Strohfeuer wie beispielsweise durch die befristete Senkung der Mehrwertsteuer helfen mittelfristig weder den Bürgern noch der Wirtschaft substanziell. So hört man von manchem Unternehmer oder selbst Kleingewerbetreibenden, dass für Maßnahmen zur buchhalterischen und technischen Erfassung und Umsetzung der Senkung der Mehrwertsteuer hohe Beträge zu investieren sind, die erst einmal durch zusätzliche Kunden ausgeglichen werden müssen...